

Bayerisches Staatsministerium  
für Unterricht und Kultus  
Herrn Staatsminister  
Siegfried Schneider  
80327 München

München, 14. Mai 2007  
Migration Nachfrage Petition.doc

**Nachfrage zur Würdigung der Petition des *Forums Bildungspolitik in Bayern*:  
„Verstärkter Ausbau der interkulturellen Erziehung für Kinder und Jugendliche  
in Bayern“ vom 21.12.2005 (Bl. 0607.15, IV.2-5S7200.9.- 4.4203)**

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

das *Forum Bildungspolitik in Bayern* hat am 21.12.2005 die Petition „Verstärkter Ausbau der interkulturellen Erziehung für Kinder und Jugendliche in Bayern“ beim Bayerischen Landtag eingereicht. In einem Anhang wurde auch die Situation der Schüler mit Migrationshintergrund in Bayern ausführlich beschrieben. Am 16.2.2006 hat das Sozialministerium (V 4/6115/2/05) und am 27.2.2006 das Kultusministerium (IV.2-5S7200.9.-4.4203) jeweils eine Stellungnahme dazu abgegeben. Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport des Bayerischen Landtags hat am 1.6.2006 die Eingabe behandelt und zur „Würdigung“ an die Staatsregierung überwiesen.

Das *Forum Bildungspolitik* hat diesen Beschluss mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Dies gilt umso mehr, als in den Stellungnahmen der beiden Staatsministerien versucht wurde den Eindruck zu erwecken, dass in Bayern für die interkulturelle Bildung und die Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund bereits genug getan werde.

Mit diesem Schreiben fragt das *Forum Bildungspolitik in Bayern* nach, welche der vorgeschlagenen Maßnahmen aufgrund des Würdigungsbeschlusses in der Zwischenzeit ergriffen wurden und ob die in der Petition aufgezeigten Probleme mittlerweile gelöst sind.

Darüber hinaus nehmen wir mit Blick auf die Stellungnahmen der beiden Ministerien einige Richtigstellungen vor.

● Aktion 25 ● Aktion Humane Schule Bayern ● Arbeitsgemeinschaft der Elternverbände Bayerischer Kindertageseinrichtungen e.V. (ABK) ● Arbeitskreis Hauptschule e. V. (AKH) ● Bayerischer Elternverband e. V. (BEV) ● Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (BLLV) ● Bund der Deutschen Katholischen Jugend - Bayern (BDKJ) ● Bündnis zur Erneuerung der Demokratie (BED) ● Deutscher Familienverband - Landesverband Bayern e. V. (DFV) ● Deutscher Katecheten-Verein (DKV) ● Deutscher Kinderschutzbund - Landesverband Bayern e. V. (DKSB) ● Deutscher Kinderschutzbund – München e. V. ● Evangelische Jugend in Bayern (EJB) ● Evangelischer Initiativkreis für Bildung + Erziehung (E.I.B.E.) ● Freie Elternvereinigung in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern e. V. (FEE) ● Gemeinsamer Elternbeirat für die Volksschulen der Landeshauptstadt München (GEB) ● Gemeinschaft Evangelischer Erzieher in Bayern e. V. (GEE) ● Gesamtverband Evangelischer Erzieher und Erzieherinnen in Bayern e. V. (GVVE) ● Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Bayern (GEW) ● Grundschulverband - Arbeitskreis Grundschule e. V. - Landesverband Bayern (GSV - AKG) ● Initiative Humanes Lernen GbR (IHL) ● Initiative Praktisches Lernen Bayern e. V. (IPL) ● InitiativGruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V. (IG) ● Institut für Zusammenarbeit im Erziehungsbereich (IFZE) ● Jenaplan Initiative Bayern e. V. (jpi) ● Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern e.V. (LEV) ● Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Bayern e. V. ● Landesarbeitsgemeinschaft Bayern Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen e. V. ● Landeselternverband Bayerischer Realschulen e. V. (LEV-RS) ● Landesschülervertretung - Landesvereinigung der bayerischen Bezirksschüler-sprecher e. V. (LSV) ● Landesverband Bayerischer Schulpädagogen e. V. (LBSP) ● Montessori Landesverband Bayern e. V. ● Verband Sonderpädagogik e. V. (vds) ● Verband Katholischer Religionslehrer/innen und Gemeindeferent/innen im Kirchendienst e.V. (VKRG)

## 1. Förderung im Elementarbereich

Bei der Aussprache des Ausschusses Bildung, Jugend und Sport am 1. Juni 2006 über die Petition des *Forum Bildungspolitik* äußerte MdL Nöth gemäß Protokoll: „Die Forderung nach einer besseren Förderung im Elementarbereich sei bereits vor der Einreichung dieser Petition diskutiert und umgesetzt worden“. Dieser Auffassung kann sich das *Forum Bildungspolitik* nicht anschließen.

Die Bayerische Staatsregierung hat die Vorkurse für einzuschulende Kinder mit Migrationshintergrund zum Schuljahr 2005/06 von 40 auf 160 Stunden ausgeweitet, was vom *Forum Bildungspolitik* begrüßt wird. 2005/06 besuchten nach Angaben des Kultusministeriums rd. 6.800 Kinder diese Vorkurse. Zum Schuljahr 2006/07 hebt die Staatskanzlei hervor (Pressemitteilung vom 20.3.2007), dass die Besucherzahlen auf 14.000 Kinder mehr als verdoppelt werden konnten. Der Rückschluss legt nahe, dass zum Zeitpunkt der Aussprache entgegen der Aussage des Abgeordneten Nöth die Kinder mit Migrationshintergrund eben nicht ausreichend mit Vorkursen versorgt waren.

Gestützt auf die sprachwissenschaftlichen Erkenntnisse speziell der Disziplin „Deutsch als Zweitsprache“ forderte das *Forum Bildungspolitik* darüber hinaus, dass die Deutschförderung in den Kindertagesstätten bereits ab dem 3. Lebensjahr beginnen und kontinuierlich erfolgen müsse, um optimale Wirkungen zu erzielen. Auf diese Forderung wird in der Aussprache und in den genannten Stellungnahmen nicht Bezug genommen. **Plant die Bayerische Staatsregierung die Frühförderung von Migrantenkinder unter 5 Jahren auszubauen, oder hält sie dies für nicht geboten?**

Das *Forum Bildungspolitik* forderte weiterhin „ausreichende personelle und zeitliche Ressourcen zur Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans“. Es ist bekannt und wird begrüßt, dass Kinder nicht deutscher Erstsprache bei der Stellenberechnung in den Kindergärten mit dem Faktor 1,3 gewertet werden. Es ist aber auch bekannt, dass mit der Einführung des neuen Finanzierungsmodells sich die Kindergruppen durchschnittlich vergrößert und die personelle Ausstattung verringert haben. **Wurden oder werden von staatlicher Seite Förder- und Finanzierungsprogramme aufgelegt, um die frühe Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund zu verbessern?**

„Qualifizierung der Erzieherinnen und muttersprachliches Fachpersonal“: Neben der 2003 und 2004 durchgeführten Fortbildungskampagne zur Sprachförderung der Migrantenkinder, die leider in ihrem Umfang nicht beziffert wurde, haben KM und StMAS 50 gemeinsame Fortbildungen für Erzieherinnen und Grundschullehrerinnen durchgeführt. „Ein Thema sind dabei auch die Vorkurse.“ (Stellungnahme StMAS). In Bayern gibt es 37.000 Beschäftigte in den Kindertagesstätten und 25.000 Grundschullehrerinnen, die pro Jahrgang rd. 25.000 Kindern mit Migrationshintergrund betreuen. **Vertritt die Staatsregierung die Auffassung, dass diese Fortbildungen in Zahl und Umfang ausreichen, um ein Konzept sprachlicher Frühförderung zu vermitteln und die Kooperationsprobleme zwischen Kindergärten und Grundschulen zu lösen?**

Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* bittet darüber hinaus um Auskunft, wie viele muttersprachliche Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen beschäftigt sind und ob deren Zahl in den vergangenen Jahren zu- oder abgenommen hat. **Sind Maßnahmen geplant, den Anteil der muttersprachlichen Erzieherinnen gezielt zu erhöhen?**

## 2. Förderung in der Schule

- Deutschförderung

In der Stellungnahme des KM wird hervorgehoben, dass an Grund- und Hauptschulen 650 Planstellen für die Deutschförderung bereitgestellt wurden. Zu Beginn des Schuljahres 2006/07 berichtete Kultusminister Schneider von 8 Eingliederungsklassen für Aussiedler und 93 Übergangsklassen für Schüler/innen ausländischer Herkunft.

Im Schuljahr zuvor bestanden nach Aussagen des Kultusministers 270 Sprachlernklassen, die rd. 3.000 Schüler besuchten. Laut Volksschulstatistik besuchten rd. 33.700 Schüler einen Förderunterricht Deutsch und 8.400 Deutschintensivkurse. Damit wurde rd. die Hälfte der 86.000 Schüler mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit in den bayerischen Grund- und Hauptschulen mit Sprachfördermaßnahmen versorgt. Aus dem Mikrozensus 2005 ist bekannt, dass aufgrund des Einbürgerungsrechts in Deutschland zwischenzeitlich mit der doppelten Zahl von Schülern mit Migrationshintergrund gerechnet werden muss (KMK: Bildung in Deutschland 2006, S. 140). Demnach erhält nur ein Viertel der Grund- und Hauptschüler mit nicht deutscher Erstsprache in der einen oder anderen Form eine besondere Deutschförderung.

Das *Forum Bildungspolitik* hält deshalb Zweifel für berechtigt, dass alle Kinder nicht deutscher Herkunftssprache in Bayern (die in der Familie großteils nicht Deutsch sprechen) in der deutschen Sprache gefördert werden. Insofern ist völlig unverständlich, warum die Stellungnahme des Kultusministeriums die Zahl der Schüler/innen mit Migrationshintergrund als „für die schulische Förderung irrelevant“ bezeichnet.

Die Zahl der angebotenen und tatsächlich gehaltenen Förderstunden in Deutsch als Zweitsprache wird nicht ausgeführt. Dem *Forum Bildungspolitik* ist bekannt, dass gerade diese Stunden bei Lehrermangel an den Schulen als erstes ausfallen. **Das Forum Bildungspolitik bittet deshalb um Auskunft, wie viele Deutschförderstunden nominell angeboten und wie viele tatsächlich gehalten wurden.**

In der Stellungnahme des Kultusministeriums wird hervorgehoben, dass an acht Gymnasien zusätzliche Kurse zur Deutschförderung angeboten werden. 42 Wochenstunden wurden dafür insgesamt gewährt. Das entspricht knapp zwei Lehrerstellen. Die Gymnasialstatistik weist aus, dass es an den 405 Gymnasien in Bayern rd. 13.000 ausländische Schüler/innen gab und vermutlich die doppelte Zahl mit Migrationshintergrund. Die Statistik weist weiter aus, dass die ausländischen Schüler im Vergleich zu deutschen Schülern deutlich geringeren Schulerfolg haben, häufiger eine Klasse wiederholen und häufiger vorzeitig das Gymnasium verlassen müssen. **Vertritt die Staatsregierung die Auffassung, dass mit 42 Wochenstunden zusätzlichem Deutschunterricht der Bildungsbenachteiligung der Kinder mit Migrationshintergrund am Gymnasium hinreichend entgegengewirkt wird?**

**Zur Deutschförderung an Realschulen finden sich in der Stellungnahme des KM keine Aussagen. Ist die Annahme berechtigt, dass es an dieser Schulart keine besondere Deutschförderung für Schüler mit Migrationshintergrund gibt? Falls nicht, bitten wir um die Angabe, ob es eine solche Förderung gibt, welchen Umfang sie hat bzw. ob die Staatsregierung plant, ein solche Förderung einzurichten bzw. auszubauen? Denn geringer Schulerfolg, höhere Anteile von Wiederholern und Abbrechern von Migrantenkinder dokumentiert die Statistik auch für die Realschulen.**

- Muttersprachliche Förderung

Das *Forum Bildungspolitik* fordert in seiner Petition eine „Verbesserung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts“ und zwar in Kenntnis der Entscheidung des Ministerrats vom 14. September 2004 den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht (MEU) auslaufen zu lassen. In der Stellungnahme des KM wird auf diesen Beschluss verwiesen und die Begründung gegeben, dass der MEU konzipiert war, „Gastarbeiterkindern“ die Rückkehr in ihr Heimatland zu erleichtern. Richtig ist, dass diese „*ursprüngliche Intention ... nicht mehr greift*“. Das *Forum Bildungspolitik* betrachtet es jedoch als gravierenden Fehler, wenn in Zeiten der Globalisierung und Migration sowie der politischen Integration Europas die Herkunftssprachen der Kinder mit Migrationshintergrund nicht gefördert werden. Mehrsprachigkeit ist eine bedeutende volkswirtschaftliche und persönliche Ressource. Auch Kinder nicht deutscher Erstsprache haben das Recht ihre Sprachkenntnisse über die Umgangssprache hinaus zur Schrift- und Verkehrssprache zu entwickeln. Elaborierte Sprachkenntnisse erleichtern die Aneignung von weiteren Sprachen und stabilisieren Zugehörigkeitsgefühl und Ich-Identität, die wiederum die Fähigkeiten zur Integration in die aufnehmende Gesellschaft verbessern. Sie verbessern auch die Berufschancen der Jugendlichen mit Migrationshintergrund und damit ihre Integration in die deutsche Gesellschaft. Die Bundesanstalt für Arbeit weist 25 Ausbildungsberufe aus, in denen die Kenntnisse der Herkunftssprache der in Deutschland lebenden Migranten und ihre „*multikulturellen Erfahrungen*“ auf einem für sie besonders schwierigen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ein großer Vorteil und eine „*zusätzlich Chance*“ sind (Magazin der Berufsberatung 1/2007). Dies gilt für alle Kinder nicht deutscher Erstsprache unabhängig davon, ob sie als Kinder von Ausländern oder Aussiedlern selbst zugezogen sind oder in Deutschland geboren wurden.

Diether Hopf, der einen engen Zusammenhang von Deutschkenntnissen und Schulleistungen nachweist, betont: Es wird damit „*nicht der Wert der Herkunftssprachen und der Herkunftskulturen verkannt, die bei vielen Kindern und Jugendlichen eng und emotional mit ihrer Lebenssituation verbunden sind. ... Auch ist unstrittig, dass Zwei- oder Mehrsprachigkeit ein Gewinn für den Einzelnen, die Schule und die Gesellschaft darstellt. ... Den hohen Stellenwert der Herkunftssprachen und -kulturen explizit und auch für die Schüler ohne Migrationshintergrund sichtbar herauszustellen, gehört deshalb durchgängig zu den zentralen Aufgaben von Schule und Unterricht. ... Auch die Fortentwicklung der Sprachbewusstheit aller Schüler kann dann eine zunehmend wichtige Aufgabe der Schule werden...*“ (Hopf, D.: Zweisprachigkeit und Schulleistung bei Migrantenkindern. In: Zeitschrift der Pädagogik; Heft 2 / 2005, S. 236-251, hier S. 248 f.)

Aus drei Gründen betrachtet es das *Forum Bildungspolitik* als Fehler, den muttersprachlichen Unterricht den Konsulaten und Botschaft zu übertragen. Erstens werden nur die Einrichtungen der großen Ausländergruppen Interesse daran haben, muttersprachliche Kurse einzurichten. Zweitens haben die Konsulate nur ein beschränktes Interesse, Sprachkurse zu finanzieren für Kinder und Jugendliche der zweiten und dritten Generation, die bereits in Deutschland eingebürgert sind. Gerade für diese Jugendlichen wäre eine ausgeprägte Mehrsprachigkeit eine äußerst wertvolle Ressource. Drittens begibt sich die Staatsregierung in die Gefahr, mit der Auslagerung der muttersprachlichen Kurse gerade das zu bewirken, was mit dem Angebot eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache und unter staatlicher Schulaufsicht verhindert werden soll: die unkontrollierbare Vermittlung möglicherweise auch staatsfeindlicher Inhalte in solchen Kursen.

**Das *Forum Bildungspolitik* bekräftigt deshalb seine Forderung, den muttersprachlichen Unterricht in staatlicher Regie an Bayerns Schulen zu erhalten und zu verbessern. Darüber hinaus sollen die Migrationssprachen als gleichberechtigte Fremdsprachen anerkannt werden.** Zu wenig ist eine Anerkennung der Erstsprache bei Abschlussprüfungen nur in Ausnahmefällen und nur für kleine Gruppen, wie in der Stellungnahme des KM dargelegt (Ersatz des Fachs Englisch durch die Muttersprache für Seiteneinsteiger in der Jgst. 9 der

Hauptschule; für Aussiedlerkinder, die in den Jgst. 8 bis 10 in die Realschule einsteigen der Ersatz von Englisch durch eine andere Fremdsprache). Alle Kinder nicht deutscher Erstsprache, Ausländer wie Aussiedler und in Deutschland Geborene, sollen das Recht haben, bei den Abschlussprüfungen die für sie zweite Fremdsprache Englisch durch ihre Erstsprache zu ersetzen. Dies setzt voraus, dass sie zuvor in ihrer Erstsprache auch den entsprechenden Unterricht besuchen konnten.

- Keine Förderschulzuweisungen, keine Rückstellungen

Das *Forum Bildungspolitik* begrüßt, dass die ursprünglich geäußerte Idee, Migrantenkinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen der Förderschule zuzuweisen, wieder zurückgenommen wurde. Beibehalten will die Staatsregierung aber die Rückstellung bei der Einschulung für Migrantenkinder mit mangelnden Deutschkenntnissen, wenn diese noch keinen Vorkurs besucht haben. Bei Kindern, die einen Vorkurs bereits besucht haben und dennoch nicht ausreichend Deutsch verstehen, „ist zu prüfen, ob sonderpädagogischer Förderbedarf vorliegt“. Gegen eine Prüfung ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Das *Forum Bildungspolitik* weist jedoch nachdrücklich darauf hin, dass für Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen nicht die Sonderpädagogik die richtige pädagogische Disziplin ist, sondern „Deutsch als Zweitsprache“. Dementsprechend ist der richtige Förderort nicht die Förderschule, sondern die Grundschule. Um sicherzustellen, dass alle Migrantenkinder einen Vorkurs besucht haben, scheint ein verpflichtendes Kindergartenjahr für alle bayerischen Kinder die richtige Maßnahme. Um weiter sicherzustellen, dass möglichst alle Kinder bis zum Schuleintritt ausreichende Deutschkenntnisse erworben haben, scheint ein sofortiger Beginn der systematischen Deutschförderung mit dem Eintritt in den Kindergarten angezeigt. Für Kinder, die trotz dieser Maßnahmen nicht genügend Deutsch gelernt haben, müssen dann in der Grundschule die teilintegrativen Sprachlernklassen angeboten werden.

- Ganztagsangebote und Ganztagschule

Das *Forum Bildungspolitik* begrüßt, dass im Schuljahr 2006/07 die Ganztagsangebote auf knapp 700 Schulen und die Ganztagschulen auf 90 Schulen ausgeweitet wurden und insbesondere dass erstmals auch 10 Grundschulen einbezogen wurden. Damit verfügen aber erst 17,5 % der knapp 4.000 allgemeinbildenden Schulen in Bayern über Ganztagsangebote und 2,3 % über Ganztagsklassen. Zudem werden die Ganztagsklassen nur sukzessive aufgebaut (i. d. R. beginnend mit einer Klasse und dann jährlich eine Klasse mehr), sodass in den o. g. Grundschulen bisher erst 10 Ganztagsklassen zur Verfügung stehen, die nur ein halbes Promille der bayerischen Grundschüler/innen aufnehmen können.

Die Staatsregierung hat jetzt angekündigt, mehrzügige Hauptschulen als gebundene Ganztagschulen ausbauen zu wollen. Das *Forum Bildungspolitik* begrüßt diese Initiative ausdrücklich und bittet um einen zügigen Ausbau. Mehr als 180 Anträge von Schulen liegen bereits vor, die für das kommende Schuljahr und für alle Jahrgänge einer Schule genehmigt werden sollen.

**Darüber hinaus fragt das *Forum Bildungspolitik*, ob mit dieser Initiative an den Hauptschulen der Ausbau der Ganztagschulen an Grundschulen auf Eis gelegt werden soll. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Ganztagsbeschulung an Grundschulen insbesondere für Migrantenkinder und deren frühe Sprachförderung und Integration von besonderer Bedeutung sind.**

- Einrichtung von Ombudsstellen

Das *Forum Bildungspolitik* freut sich, dass die Staatsregierung nicht zuletzt auch auf Druck des *Forum Bildungspolitik* die Stornierung der eigenen Pläne zum Ausbau der Sozialarbeit an Schulen von 350 Stellen in 10 Jahren wieder aufgehoben hat. „*Jugendsozialarbeit an Schulen*

wendet sich an junge Menschen mit gravierenden sozialen und erzieherischen Problemen“, wie in der Stellungnahme des StMAS ausgeführt wird. Die Schaffung von Ombudsstellen an Schulen soll genau verhindern, dass es im Zusammenleben verschiedener Ethnien und Kulturen zu Problemen kommt, bei der die Institutionen der Jugendhilfe und die Polizei auf den Plan gerufen werden müssen. *Der Forderung des Forums geht es gerade nicht um* „die Schaffung einer weiteren Ebene“, wie in der Stellungnahme des Kultusministeriums befürchtet wird.

Ombudsstellen an Schulen sollen interkulturelle Bildung in Zusammenarbeit mit außerschulischen Initiativen und Einrichtungen in diesem Bereich fördern. Sie sollen Anlaufstellen sein, an die sich Schüler, Eltern und Lehrer mit ihren Sorgen und Nöten im Kontext des interkulturellen Zusammenlebens wenden können. Sie sind niederschwelliges Angebot zur Prävention und ggf. Intervention bei kulturellen Konflikten. Dazu müssen sie mit kompetentem und in Migrationsfragen erfahrenem Personal besetzt werden, die im Rahmen auch eines Studiums der Sozialpädagogik nicht selbstverständlich erworben werden. Ombudsstellen sollen eine feste, einem Beratungslehrer in etwa vergleichbare Einrichtungen an den Schulen werden. **Ist die Staatsregierung bereit, zur Verbesserung des gemeinsamen Lernens und Lebens von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion solche Stellen zu schaffen?**

- Intensivierung der Elternarbeit

Das StMAS nennt zwei Hausbesuchs- und Frühförderprogramme (HIPPY und Ostapje), die es 2001 ideell und materiell unterstützt hat. Es gibt aber keine Auskunft darüber, ob diese Programme heute noch und in welchem Umfang eingesetzt werden. Ein erster Schritt scheint das Angebot zu sein, dass Migrantenern in Kindertagesstätten und Schulen Deutschkurse besuchen können. **Ist die Staatsregierung bereit, diese Elternkurse bedarfsdeckend anzubieten und finanziell abzusichern?** Diese Deutschkurse legen eine Grundlage für eine engere Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen und Migrantenfamilien. Die Zusammenarbeit hat aber mit den Deutschkursen erst begonnen und sucht noch nach einer adäquaten Form der Kooperation.

In der Stellungnahme des Kultusministeriums wird auf ein Modellprojekt verwiesen, in dessen Rahmen an elf Schulen „neue Konzepte für eine innovative Elternarbeit“ erprobt werden sollen, wobei nicht deutlich wird, ob es auch einen Bezug zur Zusammenarbeit mit Migrationseltern gibt. Die Aussage zeigt, dass Elternarbeit als wichtiger Teil einer „Erziehungspartnerschaft“, wie sie etwa im 12. Kinder- und Jugendbericht gefordert wird, erkannt wurde. Es zeigt aber auch, dass man in Bayern noch ganz am Anfang einer Neugestaltung und Intensivierung der Elternarbeit steht. Um so mehr nimmt es Wunder, dass die Forderung des *Forum Bildungspolitik* nach einer aufsuchenden Elternarbeit als immer schon möglich und „kein neuer Impuls“ abqualifiziert wird. Besonders bedauerlich findet das *Forum Bildungspolitik* die Einführung des Hinweises, dass Lehrerstellen nicht für Elternarbeit vorgesehen sind, sondern „für den Unterricht der Schüler“. Dies legt die Vermutung nahe, dass das KM an einer aktiven Förderung von Elternarbeit an den Schulen nicht wirklich interessiert ist. **Ist die Staatsregierung bereit, zur effektiven und nachhaltigen Gestaltung der Arbeit mit Migrantenern taugliche Konzepte zu erarbeiten und ausreichend Personal und Arbeitszeit zur Verfügung zu stellen?**

- Ressourcen und Grundlagen

Der Forderung des *Forum Bildungspolitik*, die Lehrerstundenzuweisung für Schüler/innen nicht deutscher Erstsprache zu verdoppeln, entgegnet das Kultusministerium mit der Aussage, dies sei „weder finanzierbar noch fachlich geboten“. Angesichts des mittlerweile in vielen Studien belegten dramatisch schlechten Schulerfolgs der Migrantenkinder und der eklatanten Benachteiligung dieser Kinder bei den Übertritten in Realschulen, Gymnasien und Ausbildung

muss der zweite Teil der Aussage als falsch bezeichnet werden. Das Ministerium selbst führt den mangelnden Schulerfolg der Migrantenkinder immer wieder auf mangelhafte deutsche Sprachkenntnisse zurück. Es ist ja auch bereit in gewissem Umfang zu investieren, um diesen untragbaren Zustand zu beenden.

In Sprachlernklassen ist eine Klassenteilung und damit eine Erhöhung der Lehrerstunden um bis zu 17 Wochenstunden möglich. Zusätzliche Deutschförderstunden sind zumindest vorgesehen, auch wenn sie häufig gestrichen werden. Besondere Förderung und besondere Ressourcen dafür sind nicht nur fachlich dringend geboten, sondern zwingend notwendig. Die Stellungnahme bleibt auch die Begründung schuldig, warum dies nicht im Rahmen der Budgetierung der Lehrerstunden möglich sein sollte.

**Ist die Staatsregierung bereit, im Rahmen der geplanten Bildungsinitiative finanzielle Mittel zur Verbesserung der Sprachförderung von Migrantenkindern in den Kindergärten und Schulen bereit zu stellen? Wie unterstützt sie organisatorisch und finanziell eine Ausweitung der interkulturellen Aktivitäten einheimischer Kinder und solcher mit Migrationshintergrund?**

- Muttersprachliche Lehrkräfte

Das Kultusministerium bekräftigt seine Absicht, muttersprachliche Lehrkräfte mit befristetem Vertrag nicht mehr weiter zu beschäftigen. Dies geschieht vor dem Hintergrund der beabsichtigten Einstellung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts. Die Bedeutung der Mehrsprachigkeit und die erforderlichen Maßnahmen wurden in diesem Schreiben dargelegt, deshalb fordert das *Forum Bildungspolitik* die Verlängerung der Verträge der muttersprachlichen Lehrkräfte und eine Ausweitung der Beschäftigung von Muttersprachlern durch Anerkennung von deren im Heimatland erworbenen Lehrbefähigung nach Maßgabe der von der Europäischen Union festgelegten Regelungen.

- Mehrperspektivität in Lehrplänen und Schulbüchern

Die Forderung nach einer Beseitigung kulturell oder nationalstaatlich einseitiger Sichtweisen in Lehrplänen und Schulbüchern beantwortet das Kultusministerium mit der schlichten Behauptung, diese sei nicht gegeben. Leider zeugt diese Antwort von geringem Problembewusstsein. Wir empfehlen z.B. Geschichtsbücher zu vergleichen wie kriegerische Auseinandersetzungen der Vergangenheit heute in den Schulbüchern der beteiligten Nationen dargestellt werden oder wie Differenzen zwischen eigener und fremder Kultur jeweils bewertet werden. Wissenschaftliche Untersuchungen dazu hat das Institut für Schulbuchforschung in Braunschweig vorgenommen. Nach langen Geburtswehen ist in diesem Jahr das erste Schulbuch auf den Markt gekommen, das in Schulen in Deutschland und Frankreich eingesetzt wird. Mit der Idee einer gemeinsamen europäischen Unionsbürgerschaft in der Europäischen Union sind national perspektivische Geschichtsschreibung und kulturelle Diskriminierung nicht zu vereinbaren. Deshalb fordert das *Forum Bildungspolitik* das Kultusministerium nochmals zu einer Lehrplan- und Schulbuchanalyse auf, die der Europäischen Einigung und der damit einhergehend kulturellen Vielfalt gerecht wird. **Ist die Staatsregierung bereit, die bayerischen Lehrpläne und Schulbücher unter diesem Gesichtspunkt analysieren zu lassen, ggf. zu revidieren und die Erarbeitung entsprechender Schulbücher zu veranlassen?**

Das Kultusministerium belegt seine These einer festen Verankerung interkultureller Erziehung darüber hinaus mit einem Zitat aus dem Lehrplan der Hauptschule, nachdem sich interkulturelle Erziehung an alle Schüler/innen gleichermaßen wenden soll. Ziele dabei sind: „*die eigene Kultur zu bejahen, andere Lebensgewohnheiten zu tolerieren und die Kultur des anderen anzuerkennen*“. So unbestritten diese Ziele sind, so ist doch zu bedenken, dass Kinder mit Migrationshintergrund in zwei Kulturen leben und sie die Lebensgewohnheiten, Kultur und Rechtsnormen der aufnehmenden Gesellschaft anerkennen müssen, um hier zu „überleben“. Zwei Schlüsse sind daraus zu ziehen: Erstens muss sich interkulturelle Erziehung vor allem

auch auf monokulturell und einsprachig aufgewachsene, d.h. einheimischen Kinder beziehen. Zweitens verbietet das Gebot der Toleranz und der Anerkennung anderer Kulturen Integrationskonzepte, die eine kulturelle Assimilation der Migranten zum Ziel haben. Das *Forum Bildungspolitik* sähe diese Überlegungen gerne in der Bildungspolitik der Staatsregierung widergespiegelt.

- Interkulturelle Lehreraus- und -fortbildung

Die Stellungnahme des Kultusministeriums verweist unter anderem darauf, dass die Lehramtsstudiengänge mit dem Studium der Didaktik des Deutschen als Zweitsprache erweitert werden können (§110 der LPO I). Dieses freiwillige und zusätzliche Studium nahmen nach den Angaben des Statistischen Landesamtes 2005/06 auf sich: 24 Studierende des Lehramtes Grundschule (0,4 % der Studierenden), 8 Studierende des Lehramtes Hauptschule (0,3 %). Unter den Studierenden der Lehrämter für Realschule bzw. Gymnasium waren es 9 bzw. 15 Studierende, ein Anteil von jeweils 0,1 %.

Das *Forum Bildungspolitik* nimmt zur Kenntnis, dass in der neuen LPO I, die im Wintersemester 2007/08 in Kraft treten soll, für Studierende des Lehramtes an Grundschulen und Hauptschulen Didaktik des Deutschen als Zweitsprache auch mit der „*Didaktik der Grundschule*“ bzw. den „*Didaktiken einer Fächergruppe der Hauptschule*“ „verbunden“ werden kann. Es bleiben aber Zweifel, ob mit diesen Maßnahmen sichergestellt werden kann, dass die derzeit rund 46.000 Grundschüler und 40.000 Hauptschüler mit ausländischem Pass (die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund dürfte demnach bei etwa 180.000 liegen) alle flächendeckend mit der erforderlichen didaktischen Kompetenz unterrichtet werden können. **Welche Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung zu unternehmen, um eine quantitativ und qualitativ bedarfsdeckende Ausbildung der Lehramtsstudierenden und der tätigen Lehrkräfte zu bewirken?**

### 3. Querschnittsreferat Migration bei der Staatskanzlei

MdL Nöth hielt in der Aussprache des Bildungsausschusses die Einrichtung eines Querschnittsreferats „*Migration*“ mit Verweis auf die „*hervorragende Arbeit*“ der zuständigen Koordinierungsstelle im Arbeits- und Sozialministerium „*nicht für sinnvoll*“. Das *Forum Bildungspolitik* stellt die Frage, warum es dann so viele unkoordinierte und defizitäre Interventionen seitens der unterschiedlichen Ressorts in Fragen der Migration und interkulturellen Bildung in Bayern gibt. Aufgrund der Vielfalt und der Komplexität der Probleme und Lösungsansätze im Zusammenhang mit der Migration hat die Bundesregierung die Institution einer Migrationsbeauftragten geschaffen, die sich der Belange der Migranten in allen politischen Handlungsfeldern annimmt. Da nicht nur Fragen der Bildung und Erziehung zu behandeln sind, sondern auch solche, die zur Innenpolitik zählen, ist das *Forum Bildungspolitik* - im Gegensatz zu MdL Tolle - auch der Auffassung, dass eine solche Einrichtung möglichst alle Politikfelder übergreifend und damit bei der Staatskanzlei angesiedelt sein sollte.

### 4. Gemischte Kommission „Migration“ beim Bayerischen Landtag

MdL Nöth äußerte in der Aussprache zur Petition des *Forum Bildungspolitik* die Meinung, die Einrichtung einer Kommission Migration beim Bayerischen Landtag „*werde nicht zu einem großen Wurf führen*“. Das *Forum Bildungspolitik* vertritt die Auffassung, dass vor allem mit Blick auf die Migrationspolitik in Bayern von einem „*großen Wurf*“ nicht gesprochen werden kann.

Einige bildungspolitische Schlaglichter auf die Migration: Seit mehr als einem halben Jahrhundert kennt Bayern die Zuwanderung von nicht deutsch sprechenden Personen. 1955 wurde der erste Anwerbevertrag mit Italien geschlossen. Es folgten bis 1968 Verträge mit weiteren sieben Ländern. Die Zahl der Ausländer ist in den 60er Jahren bereits drastisch gestiegen. Sie wurden als „*Gastarbeiter*“ mit vorübergehendem Aufenthalt und

Rückkehrperspektive gesehen und so behandelt. Für ihre Kinder wurden zweisprachige Klassen eingeführt mit dem Ergebnis, dass die meisten Schüler/innen dort völlig unzureichend Deutsch lernten. 1973 wurde die Anwerbung gestoppt, mit dem ungewollten Effekt, dass in den folgenden zehn Jahren die Zahl der erwerbstätigen Ausländer zurückging, der Familiennachzug aber deutlich zunahm.

Die Schulen sahen sich mit einer großen Zahl von Schülern ohne jegliche Deutschkenntnisse konfrontiert. Statt schlüssiger schulischer Konzepte für Sprachanfänger vorzulegen, hegte man noch bis Mitte der 80er Jahre die Hoffnung, dass der Familiennachzug durch Herabsetzung des Nachzugalters einzudämmen sei. Die herrschende Meinung war, dass Migrantenkinder, die das bayerische Bildungswesen von Anfang an durchlaufen haben, keine sprachlichen und schulischen Probleme mehr haben würden. Der Anteil der hier geborenen Kinder mit Migrationshintergrund stieg in den 90er Jahren deutlich an. Die Hoffnung, die Probleme lösten sich durch den Besuch von Kindergarten und Grundschule, PISA hat diese Meinung widerlegt mit dem Nachweis, dass hier geborene Kinder mit Migrationshintergrund schlechtere Ergebnisse erzielten als im Ausland geborene und später zugewanderte Kinder. Geringe Anteile von Kindern mit Migrationshintergrund in Realschulen und Gymnasien zeugen von deren Benachteiligung im Schulsystem, hohe Anteile von Jugendlichen ohne Schulabschluss und ohne Berufsausbildung verweisen auf gravierende gesellschaftliche Probleme in der Zukunft.

Dies ist nur die bildungspolitische Dimension des Versagens der Migrationspolitik. Soziale, kulturelle, religiöse Differenzen zwischen Migranten und einheimischer Bevölkerung, beschäftigungspolitische und sozialräumliche Probleme werfen Fragen auf, die grundsätzlich geklärt werden müssen, um im Zeitalter der europäischen Integration zu schlüssigen integrativen Handlungskonzepten zu kommen. Eine gemischte Kommission von Experten und Politikern des Bayerischen Landtags, ähnlich der Ethik-Kommission des Bundestages, scheint dafür eine angemessene Lösung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. h. c. Albin Dannhäuser  
Sprecher

PS: Gleichlautendes Schreiben geht an die Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung,  
Familie und Frauen.